Forschungszentrum aktuell

Mitteilungen des Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus

Nr.1/92 Dresden 27.1.1992

Aufruf zur Mitarbeit

Am 21.10.1991 öffnete in Dresden das "Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in der DDR". Wir wollen einen ersten Versuch wagen, mit der Aufarbeitung des Repressionsapparates der letzten 40 Jahre zu beginnen. Die Machtstrukturen dafür waren vielschichtig, die Stasi nur ein Teil im System.

Wie verliefen die Befehls- und Informationsstränge?
Welche Aufgaben kamen der SED und den Blockparteien bei der 'Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit' zu?
Warum konnte der Widerstand so lange keine breite Öffentlichkeit erreichen?
Wo liegen die Ursachen für die Erhaltung der Diktatur?
Auf welche Basis konnten die Machthaber sich stützen?
Wo und bei wem liegen die Verantwortlichkeiten und wie kann man jene zur Rechenschaft ziehen; wie kann man verhindern, daß jene heute wieder an den Schnittstellen wirtschaftlicher und politischer Macht sitzen und erneut über die Belange der Bevölkerung entscheiden?
All diese Fragen gehören zur Aufarbeitung und müssen geklärt werden. Demokratie kann nur so verwirklicht werden.

Wir meinen, daß diese Fragen mit der ganzen interessierten Bevölkerung geklärt werden müssen und verlangen als ersten Schritt die Öffentlichmachung der Akten. Wir machen Dokumente zu den Strukturen zwischen Weisungsebenen des Staates, der Parteien, des MfS der Öffentlichkeit zugänglich. Es geht uns dabei nicht um Sensationshascherei, sondern um Darstellung von Mechanismus und Strukturen einer Diktatur.

Wir rufen deshalb alle auf, die sich im Besitz von Kopien von Akten der Staatssicherheit oder anderer Sicherheitsorgane befinden, uns eine Kopie zu übergeben, um Vergangenheit und Akten nicht in der Ecke verstauben zu lassen!! Auch wer seine persönliche Akte nun von der Gauck-Behörde erhält, kann uns bitte eine Kopie übergeben, denn nur an ihnen kann man beispielhaft die ganze Perversion des Überwachungssystems zeigen. Beteiligen Sie sich an der Offenlegung der Akten, der Ausfüllung der weißen Flecken in der Geschichte

Ekkehard Forberg, Mitarbeiter des Forschungszentrum *Michael Arnold, MdL*

In eigner Sache

Mit diesem ersten Heft des "Forschungszentrum aktuell" wollen wir in unregelmäßigen Abständen aktuell über die Arbeit des Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in Dresden informieren. Ausgewählte Dokumente wie auch einzelne Analysen und Kommentare zur Vergangenheitsbewältigung und zur aktuellen Diskussion sollen vorgestellt werden. Breiten Raum nimmt die Bibliographie sowie ein Verzeichnis der im Forschungszentrum vorhandenen Dokumente und Akten.

In dieser ersten Ausgabe haben wir neben einem Kommentar des Landtagsabgeordneten Michael Arnold zur Akteneinsicht , eine Übersicht über die sächsische CDU-Landtagsfraktion zusammengestellt, die wir nicht kommentieren möchten. Wir meinen aber, daß die Fakten einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Als Quelle für diese Zusammenstellung haben wir uns auf das "Volkshandbuch" des sächsischen Landtages gestützt. Der Aufruf zu Mitarbeit und Zurverfügungsstellung der Akten ist von großer Bedeutung. Hat die Bevölkerung die 40 jährige Diktatur gestürzt, so kann der demokratische Neuanfang auch nur von ihr ausgehen. In diesem Sinne wünscht sich die Redaktion Kritik, Anregungen und Beiträge

Die Redaktion

Inhalt:

Impressum:(Hg.) IFM e.V./ Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus
O-8029 Dresden, Arthur-Weineck-Str. 5; Tel.: Dresden 436392 Spendenkonto: 315 130 664
Stadtsparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 Stichwort: Forschungszentrum
Redaktion: E. Forberg, G. Krupp-Boulboulle´;
Archivleiter: Thomas Rudolph; Für den Förderkreis: Michael Arnold
Einzelexemplar: 3.50 DM; Abo: 10 Nummern: 30.-- DM; 20 Nummern 50.-- DM
Konto: 314 130 646 Stadtsparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 Stichwort: FZ aktuell

Akteneinsicht

von
Michael Arnold, MdL

Akteneinsicht - na endlich!
Die Ereignisse scheinen sich zu überstürzen und doch steht das Rad der Realpolitik still.
Nun nach über zwei Jahren öffnen sich die Tore der ehemaligen Stasi-Hochburgen erneut einen Spalt breit für die Öffentlichkeit. Zwei Jahre hartes Ringen für das Recht STASI-Akten einzusehen, die Zeugnis über die persönliche und gesellschaftliche Vergangenheit bieten, die Licht in das Dunkel der unzähligen Repressionen gegen die Menschen im Osten und Westen der "Systemgrenze" wiederspiegeln. Noch 1990 waren schrille Töne zu vernehmen, daß jene Stasi-Unterlagen als unheilbringendes Erbe der Staatssicherheit dem Feuer zu opfern sind und sollte dies nicht leistbar sein, sollten die Aktenberge für Jahrzehnte im Bundesarchiv vergraben werden. Mord- und Totschlag unkte es aus den politischen Lagern der "Vergangenheitskenner", ja man ging soweit, eine ernsthafte Gefahr für den Frieden der Nation und Europas in den Aktenbergen zu erkennen.

Allein die ostdeutsche Bevölkerung blieb überwiegend unheilsam neugierig. Diesem Drang Rechnung tragend, engagierten sich zwei bis drei Hand voll Stasi-Auflöser und spätere Bürgerkomiteeler, dickköpfige Politprofis von der Notwendigkeit der Vergangenheitsaufarbeitung zu überzeugen. Nur wenige hatten bereits Stasi-Akten zu Gesicht bekommen, denn eine neue Behörde nahm ihre Arbeit auf und übernahm im Auftrag der letzten Volkskammer, die Akten für die Öffentlichkeit zu sperren. Niemand als die übrig gebliebenen Geheimdienste selbst wußten damals, welche Geheimnisse die Stasi-Akten in sich bergen. Dank der noch jungen und löchrigen Behörde drangen Kopien von Stasi-Akten an die Öffentlichkeit, hielten somit die Diskussion um die Verbrechen des Stalinismus in der ehemaligen DDR wach. Erst durch die ständigen Enttarnungen der Helfer von Stasi und Politmafia sowie dem Nachweis über die Vielzahl der Verflechtungen quer durch die Blockparteien und weit über den trennenden innnerdeutschen Zaun hinweg, wurde die Dimension der akribisch gespeicherten Informationen des Staatssicherheitsdienstes deutlich.

Nun hält der Rechtsstaat auch für den Osten Einzug. Jetzt gehören die Stasi-Akten nicht, wie es die Bürgerbewegungen im Osten forderten, den Opfern, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Seit dem 1.Januar 1992 ist ein Bundesgesetz in Kraft, das den "Umgang" mit den Unterlagen beschreibt.

Zeit zum Jubel, möchte man meinen und doch gibt es nirgendwo Volkfeste. Ein undankbares Volk? Wem gegenüber dankbar sein?

Der Bundesregierung für ihre herausragende Tätigkeit? Dafür, daß sie mehrere tausend hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter in den Staatsdienst übernahm, daß sie Schalk-Golodkowsi mit geheimen Mitteln zur Flucht in den Westen verhalf und zum Hohn ihn in einer Villa am Tegernsee wohnen läßt? Dafür, daß die Kräfte der Diktatur der ehemaligen DDR, die mithalfen, die Bevölkerung zu unterdrücken und zu verhöhnen, durch eine kräftige Wendung zu anerkannten, fachkundigen Geschäftspartnern avan-

cierten, ja sogar mit den schon lange bekannten Adjektiven: liberal und christlich - erneut zu hohen politischen Funktionen im Wissen ihrer Parteifreunde aufstiegen.
Oder gebürt dem Bundestag etwa Dank? Dafür, daß er sich 1989 politisch für die Auflösung der Staatssicherheit und den Sturz der SED eingesetzt hat? Dafür, daß der Bundestag etwa die Stasi-Akten vor der Vernichtung der noch herrschenden SED eingesetzt hat? Dafür, daß er nun im Gesetz beschlossen hat, jenen Kosten in Rechnung zu stellen, die ihre Opfer-Akten in den Besitz nehmen wollen? Oder etwa dafür, daß die wenigen noch existierenden Betriebsräte im Existenzkampfampf gegen die Seilschaften erneut keine Handhabe im 48 Paragraphen umfassenden Gesetzestext finden, außer, daß sie sich selbst überprüfen lassen dürfen ?
Ist es Blindheit oder Absicht, daß die hoffnungsvoll ersehnte Demokratie die Interessen der Bevölkerung nicht wahrnimmt?

Gibt es kein Volksfest, so bemüht man sich eben Anlaß zum Feiern zu bieten. Denn eines ist offenkundig für jeden in diesem Land: Die Hauptschuldigen der Diktatur müssen endlich ihre gerechte Strafe bekommen, denn Deutschland besitzt das Privileg einer wehrhaften Demokratie.

Fehlende Sauerstofftherapie für den 'uns alle liebenden' Stasi- Chef Mielke führten zur unverzüglichen Haftunfähigkeit. Nun versucht die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität den vermeindlichen Gelüsten der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Gegen Mielke wird wegen Totschlag zu Zeiten der Weimarer Republik, Anstiftung zur Verletzung des Postgeheimnisses, Nötigung und ähnlicher Bagatellen ermittelt. Die Todeslager von Torgau und anderen Orten, Schauprozesse und das gelbe Elend von Bautzen scheinen vergessen. Die jahrzehntelange verbrecherische Tätigkeit des MfS und seines Chefs bleibt unberücksichtigt. Haftbar wird Herr Mielke nur dafür, was zu Zeiten des auf politische Unterdrückung ausgerichteten Strafrechtes einen Verstoß darstellte.

Honecker darf fliehen, da auch er erst einmal haftunfähig wurde; Modrow im Bundestag; Markus Wolf als hochbezahlter Interviewpartner, der ja nur auf der Verliererseite stand, aber sonst ja ganz bewundernswürdig ist und sicher auch nie zum Schaden der Bevölkerung arbeitete. Eine endliche Kette Verantwortlicher bleibt unbehelligt und kann sich aus den Ersparnissen der "guten alten DDR- Zeit" und dank der alten Bekanntschaften (man hatte sich ja schon öfters in München, Bonn oder Köln getroffen) in aller Ruhe dem Erhalt alter Privilegien widmen.

Ein neuerlicher Prozeß hält jüngstens keinen mehr in Atem. Diesesmal geht es in Dresden um die für die Kommunalwahl 1989 in Dresden verantwortlichen SED-Funktionäre Berghofer und Moke. Weil es um Wahlfälschung geht, wird als Zeuge der Honecker-Jünger Krenz als Hauptverantwortlicher für die Durchführung der Kommunalwahlen vom 7.Mai 1989 in der DDR geladen.
Ungeachtet dessen, daß Krenz überhaupt freien Fußes den Gerichtssaal betreten darf, daß er vor seiner Aussage nicht einmal vereidigt wird und natürlich eine Lüge an die andere reiht, darf Krenz trotz offenkundiger Falschaussagen wieder freien Fußes den Gerichtssaal verlassen.

Das "Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus" sah sich in dieser hohnschreienden Situation veranlaßt, der Staatsanwaltschaft die Kopie eines Dokumentes von Erich Mielke an Krenz, Honecker und Hermann zu übergeben, welches die Falschaussage Krenzs beweist.

Wir als Vertreter des Forschungszentrums mußten feststellen, daß derartige grundlegende Dokumente zu den Kommunalwahlen der Staatsanwaltschaft nicht vorliegen, weil die Unterlagen in Berlin und Koblenz lagern und einfach zum Prozeß nicht beigezogen worden sind.

Unter derartigen Umständen bleibt es ein Skandal, Mauerschützen den "sauberen" Prozeß zu machen, wohingegen die Befehlsgeber und Hauptverantwortlichen als Zeugen zu Prozessen geladen werden.

Der Staatsanwaltschaft in Dresden wurde seitens des Forschungszentrums Beratung und Akteneinsicht angeboten.

Dokumente des Forschungszentrum zur Falschaussage von Egon Krenz der sächsichen Staatsanwaltschaft übergeben

Im Zeugenstand beim Prozeß gegen Berghofer und Moke hat Egon Krenz ausgesagt, daß er erst im Juni erfahren habe, daß es im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 7.5.1989 zu Verhaftungen gekommen sei. Das war eine Falschaussage. In einer streng geheimen Information an die Politbüromitglieder Erich Honecker, Siegfried Herrmann und Egon Krenz, sowie weitere ausgewählte Staats- und Parteifunktionäre unterrichtete Erich Mielke bereits am 8. Mai 1989 über 74 Festnahmen bzw. Zuführungen. Die in wenigen Exemplaren ausgefertigte Information liegt im Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus in einer Kopie vor und trägt Mielkes Registriernummer 229/89. Egon Krenz erhielt das Exemplar Nummer 3. Das Forschungszentrum geht davon aus, daß Egon Krenz das Dokument spätestens auf der Polibürositzung am 9.Mai von Mielke erhielt.

Der Archivleiter des Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus, Thomas Rudolph übergab gemeinsam mit dem Abgeordneten des Neuen Forum im sächsischen Landtag, Michael Arnold, der sächsischen Staatsanwaltschaft das Dokument. Ein Ermittlungsverfahren gegen Egon Krenz wurde inzwischen eingeleitet.

Im Folgenden dokumentieren wir die übergebene "Information".

Information erhalten auch die Genossen Dohlus, Herrmann und Krenz,

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

000023

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 8. 5. 89

Blatt

Exemplar

Nr. 229 /89

INFORMATION

über

beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Die mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung eines Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller u. a. negativer Kräfte, insbesondere von Kräften, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken, Mitgliedern sogenannter kirchlicher Basisgruppen und Antragstellern auf ständige Ausreise, anläßlich der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 durch das MfS unter Führung der Partei im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, zuständigen staatlichen Organen sowie gesellschaftlichen Einrichtungen und Kräften eingeleiteten und realisierten differenzierten Aufklärungs- und Sicherungsmaßnahmen gewährleisteten am Wahltage im gesamten Territorium der DDR eine hohe staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Durch schwerpunktmäßig durchgeführte Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen unter Führung der Partei, insbesondere auch durch gezielten Einsatz gesellschaftlicher Kräfte, wurden von o. g. Personenkreisen für den Wahltag angekündigte öffentlichkeitswirksame, provokatorisch-demonstrative Aktivitäten weitestgehend vorbeugend verhindert bzw. in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Dokument

Internen Hinweisen aus allen Bezirken der DDR zufolge wurden insbesondere Mitglieder sogenannter kirchlicher Basisgruppen und Antragsteller auf ständige Ausreise erkannt, die sich zur "Kontrolle" bzw. "Überwachung" der Wahlhandlung und Stimmenauszählung in Wahllokalen befanden. Bezogen auf die Hauptstadt wurden derartige Personen festgestellt in Berlin-Prenzlauer Berg in 64 Wahllokalen, in Berlin-Friedrichshain in 44 Wahllokalen, in Berlin-Mitte in 23 Wahllokalen.

Die Personen machten sich in der Regel Aufzeichnungen über die durch die Wahlvorstände verkündeten Wahlergebnisse, zum Teil in vorgefertigte Formblätter. In Einzelfällen warfen sie den Wahlvorständen Wahlmanipulationen vor und verlangten, persönlich die Gegenstimmen auszählen zu dürfen. Derartige Provokationen wurden durch die Wahlvorstände zurückgewiesen, woraufhin die Personen kommentarlos die entsprechenden Wahllokale verließen.

Wie bisher streng intern bekannt wurde, sollen die Ergebnisse dieser "Kontrollen" zumindest im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Berlin-Brandenburg zentral ausgewertet werden.

Ersten Hinweisen zufolge fand, organisiert von der sog. Basisgruppe "Kirche von unten", am 7. Mai 1989, ab 18.00 Uhr in der Berliner Elisabeth-Kirche ein sog. Wahlparty statt, an der zu unterschiedlichen Zeiten insgesamt ca. 270 Personen (alles Mitglieder von verschiedenen "kirchlichen Basisgruppen" aus der Hauptstadt) und 9 in der DDR akkredierte Korrespondenten aus der BRD teilnahmen (Heber, ARD-Hörfunk; Baum, Frankfurter Rundschau; Woyth, ARD; Kern, Saarbrücker Zeitung; Röder, epd; Kubisch, DPA; Menge, Die Zeit; Mehner, Spiegel-Foto; Krüger, NRZ). Bei diesem Treffen erfolgte eine erste "Auswertung" der Ergebnisse der Kommunalwahlen. Durch die jeweils ankommenden Personen wurden "Erlebnisberichte" gegeben und vorgefertigte Formulare mit Feststellungen zur Stimmenauszählung in einzelnen Wahllokalen übergeben, die in zentrale Übersichten übertragen wurden. Anwesende bekannte Kräfte des politischen Untergrundes versuchten, die Wahlergebnisse als manipuliert darzustellen und verfaßten ein dementsprechendes Flugblatt, das auf

einem in den Kirchenräumen stationierten Ormig-Vervielfältigungsgerät in ca. 500 Exemplaren vervielfältigt wurde. Das Flugblatt soll am 8. Mai 1989 möglichst vielen "Basisgruppen" zur Verfügung gestellt werden. Vom MfS wird gegenwärtig geprüft, mit welchen Maßnahmen gegen die Hersteller dieses Flugblattes vorgegangen werden kann. Es werden entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Internen Erkenntnissen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie allen Bezirken der DDR zufolge beteiligte sich eine erhebliche Anzahl der bekannten Antragsteller auf ständige Ausreise sowie der Kräfte des politischen Untergrundes nicht an den Kommunalwahlen. In Einzelfällen kam es durch diese Personen zum öffentlichen Zerreißen der Wahlscheine im Wahllokal bzw. nahmen sie die Wahlscheine ohne Wahlhandlung mit sich.

Besonders beachtenswert ist ein Vorkommnis am 7. Mai 1989 in Leipzig.
Auf dem Vorplatz der Nikolaikirche hatten sich gegen 17.30 Uhr ca. 40 Personen gesammelt und begonnen, in losen Gruppen auftretend, sich zusammenzuschließen.
Vereinzelt kam es auch in angrenzenden Räumen zu Versuchen weiterer Personen, sich zu Gruppen zu formieren und öffentlichkeitswirksam aufzutreten.
Dabei ist zu beachten, daß in der Zeit von 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr auf dem Markt ein Volksfest stattfand und aus diesem Anlaß in diesen Gebieten eine hohe Personenkonzentration und -bewegung herrschte.

Von den beteiligten Personen wurden keine feindlichen Symbole oder Transparente mitgeführt. Ebenso erfolgten keine negativen öffentlichkeitswirksamen mündlichen Bekundungen.

Durch den vorbereiteten sofortigen Einsatz von Sicherungs- und gesellschaftlichen Kräften gelang es, die ständigen Versuche dieser Personen, sich zusammenzuschließen und in Richtung Markt zu bewegen, zu unterbinden. Zu diesem Zweck wurde zeitweilig die Grimmaische Straße gesperrt. Es wurden Aufforderungen zur Auflösung auftretender Ansammlungen erteilt.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Insgesamt sind ca. 250 Personen festgestellt worden, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Örtlichkeiten wirksam zu werden versuchten.

Gegen 19.30 Uhr waren alle Versuche dieser Kräfte, sich zu formieren, unterbunden.
Die Organisatoren dieser Aktivitäten standen unter ständiger Kontrolle. Sie traten im Handlungsraum nicht in Erscheinung.

Wegen Nichtbefolgung von Aufforderungen zur Auflösung von Personenansammlungen wurden insgesamt 72 Personen zugeführt, darunter 6 während der Vorsicherung, 26 während der Durchführung der Hauptmaßnahmen und 40 im Zuge der endgültigen Auflösung von Ansammlungen bzw. im Ergebnis der Nachsicherung. Unter den zugeführten Personen befanden sich 15 Antragsteller auf ständige Ausreise. Gegen eine Person wurde ein Ermittlungsverfahren mit Haft eingeleitet; gegen 13 Personen wurden Ordnungsstrafverfahren durchgeführt; 58 Personen wurden bzw. werden nach schriftlicher Belehrung wieder entlassen.

Aufgrund der Gesamtsituation und der Maßnahmen der eingesetzten Kräfte war eine bestimmte Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben. Während des Sicherungseinsatzes wurden keine polizeilichen Hilfsmittel angewandt.

(In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß ab März 1989 von der sogenannten kirchliche Basisgruppen "Interessengemeinschaft Leben" die Organisierung einer sogenannten Wahlkontrolle sowie die Vorbereitung einer Provokation in Form der demonstrativen Bekundung der Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen auf dem Markt in Leipzig angeregt wurde, die in der Folgezeit durch Sendungen von Radio "Glasnost" und anderen Feindmedien sowie die Verbreitung von Hetzblättern mit entsprechenden Aufrufen unterstützt wurden.)

Eine durch feindliche Kräfte geplante "Schweige-/Protestveranstaltung" am 7. Mai 1989 am Völkerschlachtdenkmal konnte durch vorbeugende Maßnahmen verhindert werden.

Dokument

Beachtenswert ist darüber hinaus eine durch ca. 70 Antragsteller auf ständige Ausreise am 7. Mai 1989 durchgeführte Fahrt auf einem Schiff der Berliner Weißen Flotte. Ein intern bekannt gewordener geplanter "Spaziergang" dieser Personen nach der Schiffsfahrt in der Straße Unter den Linden erreichte nicht die vorgesehene Teilnehmerzahl. Auftretende kleinere Gruppen (2 - 3 Personen) standen ständig unter Kontrolle.

Zu Aktivitäten westlicher Korrespondenten wurden folgende Feststellungen getroffen:

Die akkreditierten Korrespondenten Baum (Frankfurter Rundschau), Brüssau (ZDF), Mehner (Spiegel) und Schwelz (AP) versuchten mehrmals in der Hauptstadt Wahllokale zu besuchen, für die sie keine Genehmigung besaßen.

Der ARD-Fernsehkorrespondent Börner versuchte - obwohl keine Genehmigung dafür vorlag -, in Leipzig einzureisen, um dort journalistisch tätig zu werden. Er wurde daran gehindert, belehrt und zur Rückfahrt nach Berlin veranlaßt.

Die akkreditierte Journalistin Dr. Zimmermann (Frankfurter Allgemeine Zeitung) verfolgte in Neuglobsow/Gransee/Potsdam den Wahlablauf und die Auszählung der Stimmen.

Der Leiter der Politischen Abteilung der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Dr. Studnitz, fuhr mit seinem PKW nach Klietz/Grevesmühlen/Rostock, wo er ein Wahllokal aufsuchte und sich nach dem Stand der Wahlbeteiligung erkundigte.

Der Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft der USA in der DDR, Greenwald, besuchte mit einer entsprechenden Genehmigung ein Wahllokal in Berlin-Pankow, wo er sich insbesondere für die Wahlbeteiligung und die Benutzung der Wahlkabine interessierte.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Weitere journalistische Aktivitäten wurden durch Hauptmann (ARD-Hörfunk) und ein Aufnahmeteam des Senders SAT 1 in Dresden realisiert. Ein Versuch von Hauptmann, nach Leipzig zu fahren, wurde unterbunden.

Insgesamt waren zur Berichterstattung über den Verlauf der Kommunalwahlen 52 Korrespondenten und Techniker aus 18 Staaten und Westberlin, davon 29 aus der BRD und Westberlin, akkreditiert.

Am 7. Mai 1989 wurden darüber hinaus 11 (3)[x] gegen die Kommunalwahlen gerichtete Vorkommnisse bekannt, darunter

- 3 Demonstrativhandlungen von Antragstellern auf ständige Ausreise (Mitführen eines Blattes mit dem Text: " Wir wollen raus" auf dem Weg zum Wahllokal in Gehofen/Artern/Halle - Täter: Fahrdienstleiter, 35; Anbringen eines Transparentes, Länge 6 m, mit dem Text: "Wir wollen raus" in der Hauptstadt der DDR, Berlin - Täter: Wirtschaftskaufmann, 53; Aufstellen von 2 selbstgefertigten Plakaten mit dem Text: "Wir wählen nicht, wir wollen raus" in Altenburg/Leipzig) - Täter: Gleisbaufacharbeiter, 27, und Kochlehrling, 18);

- 3 Vorkommnisse des Verbreitens von Hetzblättern (Festnahme eines Täters: Spritzer, 31, vorbestraft, in Bautzen/Dresden beim Ablegen von ca. 400 selbstgefertigten Hetzzetteln, bisher 233 Hetzzettel aufgefunden, in denen aufgefordert wird, zum gegenwärtigen Leben in der DDR "nein" zu sagen und bessere Lebensbedingungen zu fordern;
Auffinden von 2 selbstgefertigten Zetteln in Altenburg/Leipzig, die ein Zitat von Rosa Luxemburg - Äußerungen zur Rolle allgemeiner Wahlen - enthielten;
Festnahme eines Täters: Kfz-Schlosser-Lehrling, 17, Antragsteller auf ständige Ausreise, in der Hauptstadt Berlin beim Verteilen von Hetzblättern, 2 Hetzblätter sichergestellt, mit die DDR diskriminierenden Inhalt.

x) Vergleichswert zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1984

Dokument

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3 Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen
(Unkenntlichmachung von zwei Wahllokalschildern mittels Farbe sowie Anbringen der Texte "DDR-KZ" in der Hauptstadt der DDR, Berlin, Längen jeweils 1,4 m;
Feststellen einer Hetzlosung in Zwickau/Karl-Marx-Stadt an einem Gebäude, in welchem 2 Wahllokale untergebracht waren, mit dem Text: "Stellt Euch vor, heute ist Wahl und keiner geht hin.", Länge ca. 4,7 m;
Anbringen von Losungen in Altenburg/Leipzig auf Fahrbahnen von Straßen sowie an Gebäuden, Texte u. a. "Freie Wahlen", "Nein" und "99,9 Prozent".

1 anonymer Anruf mit Bombendrohung in einem Alters- und Pflegeheim in Rudolstadt/Gera, in dem sich ein Wahllokal befand.

Ablage mehrerer Broschüren des Verlages der Presseagentur "Nowosti" mit dem Titel "Gesetzeskraft statt Beamtenmacht" im Vorraum eines Wahllokals in der Hauptstadt der DDR, Berlin.

esondere Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Teilnahme von usländern an den Kommunalwahlen gab es nicht.

Mielke

Anlage zur Information Nr. 227/89 000033

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen (Zeitraum vom 1. Januar bis 7. Mai 1989, 6.00 Uhr) wurden insgesamt 103 (48)[x] gegen die Kommunalwahlen gerichtete Vorkommnisse bekannt (davon seit 1. Mai 1989 - 20 Vorkommnisse), wobei territoriale Schwerpunkte die Hauptstadt der DDR, Berlin - 29 Vorkommnisse, die Bezirke Karl-Marx-Stadt - 16 Vorkommnisse und Dresden - 13 Vorkommnisse sowie Halle, Magdeburg und Leipzig - je 6 Vorkommnisse waren.

Im einzelnen handelte es sich um

- das öffentlichkeitswirksame Verbreiten von Hetzblättern (51 Vorkommnisse) sowie Anbringen von Hetzlosungen (25 Vorkommnisse),
- das Beschädigen und Zerstören anlaßbezogener Sichtelemente (15 Vorkommnisse),
- das Versenden anonymer und pseudonymer Briefe und Karten (7 Vorkommnisse),
- das Führen anonymer und pseudonymer Telefonanrufe (5 Vorkommnisse).

Die Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze enthielten im wesentlichen Angriffe gegen das Wahlsystem der DDR in seiner Gesamtheit bzw. gegen einzelne wahlrechtliche und -organisatorische Grundsätze, häufig verbunden mit Aufforderungen, die Wahlen zu boykottieren sowie Aktivitäten zu deren politischen Mißbrauch zu begehen, und in mehreren Fällen verbunden mit Angriffen auf die Partei- und Staatsführung.

---

[x] Vergleichswert zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1984

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bei einer Anzahl von Vorkommnissen gab es aggressiv formulierte Forderungen nach Veränderung der Innenpolitik in der DDR in Richtung Liberalisierung, Demokratie und politischen Pluralismus westlicher Prägung.

Beachtenswerte Einzelbeispiele aus jüngster Zeit sind:

- 2. Mai 1989, Stadtgebiet von Leipzig: Verbreiten von insgesamt 49 Hetzblättern mit Aufforderungen, die Wahlen zu boykottieren, in der DDR eine "reformatische Umgestaltung" und "die seit 40 Jahren versprochene demokratische Grundordnung einzuführen" sowie "am 7. Mai an einer Schweige-Protestveranstaltung um 14.00 Uhr am Völkerschlachtdenkmal teilzunehmen", unterschrieben mit "Organisation Neuer Demokraten" - 2 Täter (22 bzw. 20 Jahre, ungelernte Arbeiter, davon ein Antragsteller auf ständige Ausreise);

- 27. April 1989, Stadtgebiet von Dresden bzw. 1. zum 2. Mai 1989, Stadtgebiet von Leipzig: Einwurf von 225 bzw. 200 Hetzblättern, verfaßt von einer sogenannten Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft, in Hausbriefkästen, die inhaltlich gegen die Ziele der Wahlbewegung gerichtet waren, verbunden mit der Aufforderung, "am Wahltag um 18.00 Uhr auf den Markt am Alten Rathaus" zu kommen und ein weißes Blatt mitzubringen als "Zeichen der Ablehnung der bestehenden Wahlordnung und Wahlpraxis";

- 5. Mai 1989, Müncheberg/Strausberg/Frankfurt/Oder: Anbringen der Losung: "7. Mai, soll das Chaos weitergehen"/10 m lang, auf einer Fahrbahn;

- 5. Mai 1989, Berlin-Pankow: 8 Losungen (Längen zwischen 1 bis 7 m) an Wänden und Mauern mit Aufforderungen, die Wahlen zu boykottieren;

- 6. Mai 1989, Berlin-Mitte: Sicherstellen von 7 Hetzblättern, angebracht u. a. an Haustüren und Litfaßsäulen, Text: "Stell Dir vor, es ist Wahl und keiner geht hin." (Hetzblätter gleichen Formats, Herstellungsverfahrens und Inhalts wurden bereits am 13. März 1989 in Stendal und Magdeburg, am 15. März 1989 in Schwerin, am 28. März 1989 in Dresden und am 5. April 1989 in Leipzig zur Verbreitung gebracht.);

- 6. Mai 1989, Dresden: Anbringen eines selbstgefertigten Transparentes (2 m und 1 m/am Gelände des Bahnsteiges 19 des Hauptbahnhofes mit dem Text: "Freies Denken nicht gefragt, freies Handeln zu gewagt, Deine Gegenstimme ist gefragt . Wahl 89";

- 6. Mai 1989, Rostock-Dierkow: Verbreiten von insgesamt 21 Hetzblättern in mehreren Haltestellenbereichen der Straßenbahnlinie Dierkow - Marienehe mit dem Text: "Wer freie Wahlen scheut, traut uns nicht. Wer uns nicht traut, den wählen wir nicht. Boykott. Zwischen den Wahlen schimpfen bringt nichts. Gegenstimme!".

Die geführten Untersuchungen zum Ursachen- und Motivationskomplex der bisher ermittelten Täter (Alter zwischen 20 und 40 Jahre, Fach- bzw. ungelernte Arbeiter, ein promovierter Angehöriger der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, darunter mehrere Antragsteller auf ständige Ausreise). gegen die Ermittlungsverfahren bzw. andere wirksame Erziehungsmaßnahmen eingeleitet bzw. durchgeführt wurden, ergaben, daß sie im wesentlichen mit ihren Handlungen das Ziel verfolgten, anlaßbezogen

- ihre negative politische Grundeinstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR zum Ausdruck zu bringen, andere Bürger mit dieser Position zu konfrontieren und damit in ihrem Wahlverhalten zu manipulieren,

- durch auf Öffentlichkeitswirksamkeit abzielende Aktivitäten Druck auf die zuständigen staatlichen Organe der DDR zwecks kurzfristiger Genehmigung der ständigen Ausreise nach der BRD auszuüben.

Anlage zur Information Nr. 229/89

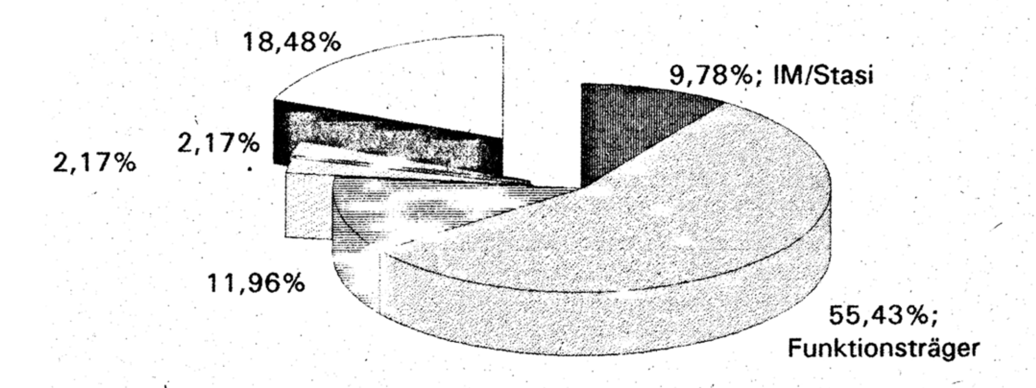
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 000003

Unabhängig davon ist beachtenswert, daß am 2. Mai 1989 bei 22 Betrieben und Einrichtungen des Kreises Zeitz/Halle sowie 5 Betrieben und Einrichtungen der Stadt Dresden Telex-Fernschreiben aus der BRD - Text: "Wählt am 7. 5. 1989 Perestroika und Glasnost statt SED" eingingen. Als Absender wurde zweifelsfrei die Special-Elektronic KG, 3062 Bückeburg/BRD, Kreuzbreite 14, Telex-Kennzeichen: 572210 spec. el., identifiziert.

Landtagsfraktion der *CDU* in Sachsen

- Stand 1.9.1991-

Wahlergebnis vom 14.10.1990: CDU: 53,8 % 92 Abgeordnete



IM/ Stasi

Politische Funktionsträger vor dem 1.10.1989

Sonst.Mitglieder der Blockpartei CDU/DBD

Keine Angaben

Westdeutsche

Unbelastete

Der Aktenbestand des Forschungszentrums

Der Aktenbestand des Forschungszentrums an MfS- Unterlagen besteht ausschließlich aus Kopien. Bisher wurden dem Forschungszentrum nur nicht vorgangsbezogene Unterlagen zur Verfügung gestellt. Einzige Ausnahmen stellen Teile des OV Pleiße (Michael Arnold) ,des OV Märtyrer (Rainer Müller), des OV Krake (Bernd Oehler), des OV Julius (Frank Richter, Christoph Motzer u.a.) und des OV Juris (Thomas Rudolph, Kathrin Walther, Susanne Krug) dar, welche durch die jeweiligen Besitzer zur Verfügung gestellt wurden.

Die Archivierung im Forschungszentrum folgt in der Regel den Registriernummern des MfS und wo dies nicht möglich ist der zeitlichen Einordnung in die jeweilige Abteilung oder Kreisdienststelle/ Objektdienststelle. Das Forschungszentrum hält sämtliche nicht zu einem Vorgang direkt gehörende Unterlagen für prinzipiell nicht vorgangsbezogen und damit für archivwürdig. Daraus ergeben sich per se die Archivierungsgrundlagen.

1. Sämtliche Dokumente mit MfS Registriernummer werden unter dem Absender/ Ersteller des Dokumentes nach der Nummerierung abgelegt.
2. Alle Dokumente mit vortlaufenden Nummern und Tagebuchnummern werden unter dem Absender/ Ersteller des Dokumentes abgelegt.
3. Sämtliche nicht nummerierten Dokumente werden nach dem Datum der Erstellung beim Absender/ Ersteller abgelegt.
4. Alle uns von den Betroffenen übergebenen vorgangsbezogenen Unterlagen (OV-, OPK-,OAM-, Aktions-, IM-, Personal- Akten usw.) bleiben in ihrem ursprünglichen Aktendeckel.
5. Bei einer Übernahme vorgangsbezogener Unterlagen wird das Einverständnis zur wissenschaftlichen Nutzung durch den Betroffenen schriftlich festgehalten. Dies gilt auch und vor allem für Berichte von IM', nicht aber für die Ersteller der Dokumente, wie hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter.

Bisher besteht der Bestand des Forschungszentrum aus einigen Aktenordnern mit zentralen Befehlen, Ordnungen, Schreiben, Dienstanweisungen, Richtlinien etc. der sogenannten Mielke- Ebene (MfS Registrierung o008), aus Dokumenten des Büros der Leitung des MfS (BdL), Informationen Mielkes an Mitglieder des Politbüros und weitere Partei- und Staatsfunktionäre (sogenannte Politbüroinformationen), Dokumenten der HA II (Spionageabwehr), der HA III (Funküberwachung/ Abschöpfung westlicher Nachrichtenverbindungen), der HA Kader und Schulung, der HA XX und weiterer Hauptabteilungen des MfS.

Ein Bestand von 10 Aktenordnern beinhaltet Dokumente der MfS-eigenen Juristischen Hochschule in Potsdam, wie Lehrmaterial und Diplom- oder Doktorarbeiten zu ausgewählten Fragen der Geheimdienstarbeit.

Einen bisherigen Schwerpunkt seiner Arbeit sah das Forschungszentrum in der Sammlung von Dokumenten aus dem Bezirk Leipzig. Die Anzahl der Dokumente aus Leipzig übersteigt deshalb auch in seiner Anzahl die Dokumentensammlung anderer Bezirksverwaltungen. Neben zentralen Befehlen des Leipziger MfS- Chefs (o006), seinen Informationen an die Bezirksleitung der SED, Dokumenten der Auswertungs- und Kontrollgruppe, der Abt. XX, des Büros der Leitung und anderer Abteilungen finden sich hier auch Kopien der von Rita Sélitrenny und Dr. Thilo Weichert gesammelten Dokumente über die Arbeit der Hauptverwaltung Aufklärung. Daneben dokumentieren sogenannte Operativ-Informationen aus der

Abteilung XX und der Kreisdienststelle Leipzig- Stadt die politischen Ereignisse von Leipzig und die ersten Demonstrationen.

Den Leipziger Dokumenten vergleichbares Material liegt auch aus den Bezirksverwaltungen Berlin, Dresden, Erfurt, Neubrandenburg,Rostock, Schwerin und weiteren Bezirken vor.

Im nächsten "Forschungszentrum aktuell" werden wir in einer gesonderten Rubrik mit der Titelveröffentlichung der im Forschungszentrum befindlichen Dokumente beginnen, um einem breiteren Kreis von Interessierten den Zugang zum Forschungszentrum zu erleichtern.

Wieviele Inoffizielle Mitarbeiter hatte das MfS? *.Beitrag zur Versachlichung einer Diskussion*

Allerorten warten Boulevardzeitungen mit immer neuen Enthüllungen von sogenannten Stasi-Spitzeln auf. Der IM, der des Nachbarn Milch verdarb wird deutschlandweit getitelt, obwohl er nach sonst üblichem Nachrichtenmuster höchstens auf der Regionalseite einer Regionalzeitung eine 15- Zeilen - Meldung wert ist. Wenn ein Bürgerrechtler vom NEUEN FORUM zu einem Redakteur des Springer- Konzerns oder den Chefetagen des Deutschlandfunk, des MDR oder des Bayrischen Rundfunks kommt und eine Namensliste mit ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern abgibt, die jetzt wiederum hauptamtlich in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik oder der Treuhandanstalt des Bundeswirtschaftsministeriums beschäftigt sind, bekommt er zu erfahren, dies sei bekannt und nicht der Meldung wert. Im Spiegel steigen drittklassige Literaten wie Sascha Anderson zu Bösewichten der Nation auf und geben den Stoff für mehrer Ausgaben her, während der sächsische Innenminister Eggert lang und breit erklären kann warum er die ehemalige politische Polizei der DDR, die K I in seiner neuen demokratischen Polizei braucht, obwohl der Landtag einen anderslautenden Beschluß gefaßt hat, nach dem der Spiegel Eggert nicht einmal befragt.

Trotz all dieser obskuren, gesteuerten und teilweise hysterisch veröffentlichten Geschichten macht sich kaum einer die Mühe zu fragen, wieviele inoffizielle Mitarbeiter das Ministerium für Staatssicherheit hatte, selbst die jetzt verbeamteten Bürgerkomitees scheinen diese Frage vergessen zu haben.

Dem Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus liegen Dokumente der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Leipzig des MfS vor, die erstmals für einen bestimmten Bereich des MfS die genaue Zahl der aktiven inoffiziellen Mitarbeiter angeben.

In dem Dokument vom 18. Oktober 1989, also dem letzen derartigen "Übersichtsdokument", welches vierteljährig erstellt wurde, teilt der Chef der Auswertungs- und Kontrollgruppe Leipzig seinen Vorgesetzten eine Zahl von 9 821 inoffiziellen Mitarbeitern im gesamten Bereich der BV Leipzig mit.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter verteilen sich danach wie folgt:

	Kreisdienststellen	Abt. der Bezirksverwaltung	BV insgesamt
IM zur Sicherung	3602	1710	5312
IM zur Bearbeitung	58	80	138
Führungs IM	138	31	169
IM im besonderen Einsatz	149	123	272
IM zur Konspiration	934	512	1446
Gesell. Mitarbeiter Sicherheit	1882	527	2409
Hauptamtliche IM	43	32	75
Gesamte Anzahl:	6806	3015	9821
IM Vorläufe	653	420	1073

Dazu kommen noch die inoffiziellen Mitarbeiter(IM) und Kontaktpartener (KP) der Abteilungen XV von Wolfs bzw. später Werner Großmanns Hauptverwaltung Aufklärung. Dem Forschungszentrum liegen hier, da per Beschluß des zentralen Runden Tisches die Akten der HVA vernichtet wurden nur die Auswertungsberichte von 1981 bis 1983 vor. Danach gab es ca. 30

Inoffizielle Mitarbeiter und 13 Kontaktpartner. Die Zahl dürfte sich bis 1989 nicht wesentlich erhöht haben. Im einzelnen hatte die Abt. XV der BV Leipzig folgende IM und KP:

	IM in Westdeutschland	IM im Ausland	IM gesamt	KP in Westdeutschland	KP im Ausland
1981	24	2	26	11	2
1982	26	4	30	13	1
1983	27	4	31	13	2

Nach den oben genannten Zahlen und auf der Grundlage weiterer dem Forschungszentrum vorliegenden Unterlagen, geht das Forschungszentrum davon aus, daß es neben den mindestens 102 000 hauptamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit im November 1989 mindestens 450 000 aktive inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gab. Dazu kommen noch mindestens 350 000 abgelegte/archivierte ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Es ist also davon auszugehen, daß im November 1989 jeder 28. DDR- Bewohner für das MfS arbeitete, jeder 20. DDR- Bewohner irgendwann einmal für das MfS gearbeitet hatte und jeder 152. DDR- Bewohner hauptamtlich für das MfS tätig war.

Auf die einzelnen Arbeitsgebiete der Abteilungen der Bezirksverwaltung des MfS in Leipzig verteilt sich dabei die Anzahl der IM (ohne IM der Kreisdienststellen) folgendermaßen:

	IMS	IMB	FIM	IME	IMK	HIM	GMS	Gesamt
Abt. II [Spionageabwehr]	**117**	**29**	**-**	**10**	**70**	**9**	**63**	**298**
Abt. III [Funkaufklärung]	23	-	-	2	8	-	5	38
Abt. VI [Paßkontrolleinheiten]	124	11	-	10	51	-	56	252
Abt.VII [MdI, Polizei]	157	-	6	5	38	-	37	243
Abt.VIII [Beobachtung]	4	-	2	22	19	16	3	66
Abt.XI [Chiffrierwesen]	38	-	3	11	27	-	5	84
Abt. XV [Aufklärung]	**?**	**?**	**?**	**?**	**?**	**?**	**?**	**[ca.30]**
Abt.XVIII [Wirtschaft]	**470**	**11**	**6**	**27**	**124**	**3**	**96**	**737**
Abt. XIX [Verkehr, Post]	290	4	2	26	88	-	30	440
Abt. XX [Opposition, Kirche]	**442**	**25**	12	**8**	**74**	**4**	**225**	**790**
Abt.XXII [Terrorismus]	**14**	**-**	**-**	**1**	**5**	**-**	**4**	**24**
SR AWK [Wehrkreiskommando]	31	-	-	1	8	-	3	43

Die Kirche und die Stasi

Zu Gerhard Besier/ Stefan Wolf: "Pfarrer, Christen und Katholiken" und dem Stand der DDR-Forschung

Viel wurde schon geschrieben über die Rolle der Kirche im real existierenden Sozialismus, über die Geschichte des Umsturz und seine Ursachen. Das meiste davon war weniger wert als das Papier auf dem es stand. Allen voran sei hier des Gustav- Heinemann- Bürgerpreisträgers und Superintendent von Leipzig-Ost Friedrich Magirius gedacht, der sich als alles vorbei war Ende November 1989 seine Rolle als Oppositioneller durch zahlreiche Vorworte und Selbstdarstellungen selbst erschrieb. Der Heyne- Taschenbuchverlag verstieg sich sogar in seinem "Wende- Buch" zu einer Bildunterschrift "Ebeling sammelt die Opposition in Leipzig" für den zeitweiligen Vorsitzenden der DSU. Geschichtsklitterung (Ebeling), peinliche Selbstdarstellung (Magirius) und völlig ungenügende Recherche (Wende- Bücher des Forum- Verlag Leipzig und fast aller anderen Verlage) kannten keine Grenzen. Alles mußte schnell auf den Markt und finanziellen oder politischen Gewinn bringen. Geschrieben wurde es zumeist von Leuten die selbst Bestandteil des Systems waren oder nie wirklichen Kontakt zur Opposition hatten. Einige Autoren haben so ihre Wende glaubhaft zu machen versucht, den Sprung in das wieder größere Deutschland geschafft.

Der Kirchenhistoriker Gerhard Besier und sein Doktorant Stephan Wolf haben sich nun in einem fast 900seitigen Quellenwerk dem Thema Kirche in der DDR und Staatssicherheit gewidmet. Der Geschichte von 40 Jahren Kirche in Ostdeutschland haben sie nachgespürt. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte es ihnen leicht gemacht und alles minutiös festgehalten. Das Verdienst Besiers und Wolfs ist es einige dieser Dokumente erstmals systematisch geordnet und auf einhundert Seiten kommentiert und mit entsprechenden wissenschaftlichen Apparaten versehen veröffentlicht zu haben. Dem Neukirchener Verlag des Erziehungsvereins gilt der Dank für die verlegerich recht riskante Entscheidung der Veröffentlichung. Doch auch dies hat sich gelohnt. Die erste Auflage ist trotz des

stolzen Preises für die Paperbeckausgabe von 68,- DM bereits vergriffen.

Mit Besier/ Wolf liegt eine weitere Einzeldarstellung und Quellensammlung zu einem Arbeitsgebiet des Ministeriums für Staatssicherheit vor. Damit reiht sich das Buch in eine verdienstvolle Reihe von Veröffentlichungen über das MfS und die Geschichte der DDR ein. Erinnert sei hier an Anne Worst' "Ende eines Geheimdienstes", welches die Verschleppung der Auflösung unter Modrow und de Maiziere /Diestel beschreibt. Auch die Veröffentlichungen Erich Loest', Rainer Kunzes' und Michael Beleites' von ihren Operativen Vorgängen und Jürgen Fuchs' Veröffentlichungen im Spiegel oder Martin Fiedler' Darstellung des OV Pleiße (alias Michael Arnold, NEUES FORUM) in der Leipziger Volkszeitung als Beispiele für Opposition seien hier erwähnt. Darüber hinaus ist es Besier/ Wolf gelungen eine notwendige Debatte um die Kirchenpolitik der "Kirche im Sozialismus" auszulösen. Wer im gegenwärtigen Streit um die Kirchenpolitik der Forcks, Stolpes, Dehmkes und Hempels überhaupt mitreden will, kommt an Besiers Buch nicht vorbei. Es ist aktueller und genauer als jede Veröffentlichung des Spiegel. Bisher gab es nur Veröffentlichungen allgemeiner Dokumente des MfS. Eine der besten Quellensammlungen ist dabei m.E. die unter Werner Fischer von der Initiative Frieden und Menschenrechte durch Dr. Armin Mitter und Dr. Stefan Wolle herausgegebene Sammlung von Schreiben und Befehlen der zentralen Ebene aus dem letzten Jahr der DDR. Sie war zugleich die erste Veröffentlichung aus der Giftküche des MfS. Eine gute Darstellung grundlegender Befehle des MfS bietet die Veröffentlichung des Sozius Joachim Gaucks David Gill und Ulrich Schröters unter dem Titel "Das Ministerium für Staatssicherheit". Allerdings beschreiben beide nicht das gesamte MfS, sie wählen auch unter den wichtigen Befehlen aus und selektieren unzulässig. Der Kenner blickt nach der Lektüre ihres Buches verdutzt auf und wundert sich über die Weglassungen. Offensichtlich ist in ihrem Buch all jenes weggelassen, was heute durch das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium in die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik integriert wird oder Hinweise darauf zuläßt. Während die Bürgerkomitees vor Ort die Arbeit des MfS in jeder Bezirksverwaltung verdienstvoll aber recht unsystematisch darstellten (z.B. über Leipzig, Rostock, Neubrandenburg, Magdeburg, Frankfurt/ Oder, Potsdam u.a.) und dabei die Bezüge zu den wirklichen Tätern und Opfern unkenntlich machten, ließ es die historische Gewissenhaftigkeit der beiden Theologen nicht zu, Namen zu schwärtzen. Damit hat das Buch von Besier/ Wolf gegenüber der anderen wohl bisher wichtigsten Darstellung eines Arbeitsgebietes des MfS von Rita Sélitrenny und Dr. Thilo Weichert über "das unheimliche Erbe" der Hauptverwaltung Aufklärung des Markus Wolf und Werner Großmann einen unschätzbaren Vorteil. Die handelnden Personen werden erkennbar, Geschichte erlebbar und zur aufregenden Story. Das sich zwei Theologen nach der Inkraftsetzung des Stasiunterlagengesetzes das erlaubten, was sich die Bürgerkomitees in den einzelnen Bezirken bisher nicht trauten und nur die Bürgerrechtler vom NEUEN FORUM wagten, nämlich Namen von Tätern und Opfern zu nennen, zeigt, daß jede Rede von "Der Kirche" unzulässige Verkürzung ist.

Wie jede wissenschaftliche Annäherung an ein bisher unbeschriebenes Thema bringt auch die Veröffentlichung von Besier/ Wolf seine Mißverständnisse mit sich. Wer nach der Lektüre meint, das also ist "Die Kirche" in der DDR gewesen, hat sich genauso getäuscht, wie der unvoreingenommene Leser der bisherigen geschönten Darstellungen über "Opposition und Kirche". Es gab in der DDR nicht "Die Kirche". Achtzig Prozent der evangelischen Pfarrer und Theologen waren völlig unpolitisch und haben genauso in einer Niesche gelebt wie alle anderen DDR- Bewohner. Nur eine Minderheit von 20 Prozent hat sich überhaupt als politisches Wesen in einer geschlossenen Gesellschaft verstanden. Nur diese 20 Prozent berühert die durch Besier/ Wolf ausgelöste Debatte. Nur sie werden in ihrem politischen Handeln befragt und beurteilt. Unter ihnen sind drei völlig verschiedene Gruppen auszumachen. Da sind zum einen die zumeist kirchenleitenden Persönlichkeiten, welche die Begrenztheit des DDR- Systems erkannten und versuchten für die Opposition und die Kirche das Möglichste an Bewegungsfreiheit abzusichern und herzustellen (Dehmke, Forck, Hempel, Stolpe ?). Taktieren gehörte dabei zu ihrem Geschäft, ohne die Opposition zu informieren. Falsche Einschätzungen der Situation innerhalb Europas sprechen dabei noch nicht gegen ihre Redlichkeit, wohl aber gegen ihre Wahrnehmungsfähigkeit. Als Gegenspieler dieser Gruppe sind zumeist ebenfalls kirchenleitende Personen auszumachen. Es sind die inoffiziellen Mitarbeiter (z.B. Bischof Gienke, "IM Orion"; Ulrich von Brück "IM Zwinger"; Volker Nollau u.a.), die Opportunisten (z.B. Superintendent Friedrich Magirius aus Leipzig -zugleich AIM der BV Karl- Marx- Stadt-; Kirchenpräsident Nato in Dessau) und die Überzeugungstäter (z.B. Cyrill Pech, Hanfried Müller, Peter Weiß). Letztere konnten zugleich aus Überzeugung auch inoffizielle Mitarbeiter des MfS sein. Wie differenziert in Einzelfällen das Bild eines inoffiziellen Mitarbeiter zu betrachten ist, zeigt der IMB Carl der KD Leipzig- Stadt (alias Dr. Dr. Matthias Berger, Registriernummer XII/ 489/ 78), der regelmäßig seine Berichte ablieferte. Die Opposition in Leipzig wußte durch einen Synodalen von seiner IM- Tätigkeit. Berger ließ sich jedoch von der Opposition gezielt für eine Propagierung ihrer Vorstellungen für die

Politisierung des Friedensgebetes und gegen die abwiegelnden Handlungen des Superintendenten Magirius und des unter Druck umgefallenen Pfarrers der Nikolaikirche Christian Führer (OV Igel) nutzen. Zur dritten Gruppe gehören jene Theologen und Pfarrer, die fest in die Opposition integriert oder gar ihre Representanten waren. Von ihnen schreibt Manfred Stolpe (Spiegel vom 20. Januar 1992 S. 27): Sie rieten mir, "man muß ganz heran an den Elektrozaun", die Gefahr eines stalinistischen Systems, seiner menschentötenden Selbstschußanlagen und Gefängnisse. Letztere waren es, die das Bild der Kirche in der Öffentlichkeit prägten und im entscheidenden Moment zum Willen der Bevölkerung nach Veränderung standen. Beispielhaft für einige wenige seien hier Klaus Kaden (OV Berater) und der nachträglich vom Kirchenvorstand geschasste Christoph Wonneberger (OV Lukas) aus Leipzig, Hans- Peter Schneider aus Berlin und Hanno Schmidt aus Coswig bei Dresden genannt. Sie waren "Die Kirche" in der DDR, welche heute als Hort der Freiheit, des Mutes und des Widerstandes das Bild der Kirche in Ostdeutschland prägen, auch wenn ihre Namen längst vergessen sind.

Mit Mythen aufgeräumt zu haben ist das Verdienst des Buches von Besier und Wolf. Das dies schmerzlich ist und manchen politischen Dunkelmännern in Deutschland nicht in das politisches Konzept paßt überrascht nicht. Warum freilich selbst ein so exzelenter Kenner der ostdeutschen Kirchen- Szene wie Frank Pauli vom Kirchenreport des Rias seinen eigenen Wissensstand um DDR-Kirche vergaß und einen untragbaren Verriß des Buches im Rias ablieferte bleibt sein Geheimnis.

Das die Autoren die jüngste Kirchengeschichte und ihre Verstrickung mit den Mächtigen im SED-Staat im letzten Kapitel am Beispiel Leipzigs abhandeln wollten, war freilich eine Überforderung. Das Damoklesschwert eines nicht bekannten Stasiunterlagengesetzes trieb sie zur Eile und die Verfügbarkeit von Quellenmaterial war zu begrenzt. So erscheint bei der Auswahl des Materials - im Gegensatz zur Zeit bis 1987 - vieles als willkührlich zusammengesammelt und nicht auf seine Relevanz hin überprüft. Wer am Beispiel Leipzigs die Verstrickung von Staat und Kirche aufzeigen will, darf nicht nur die Operativen Vorgänge Lukas (Christoph Wonneberger), Trompete (Jochen Läßig), Igel (Christian Führer), Dieb/ Krake (Bernd Oehler) und Juris (Thomas Rudolph, Susanne Krug, Kathrin Walther) heranziehen. Ohne die Operativen Vorgänge Pleiße (Michael Arnold), Berater (Klaus Kaden), Märtyrer (Rainer Müller, Silke Krasulsky), Julius (Arbeitsgruppe Menschenrechte) und Leben (Initiativgruppe Leben), sowie die IM- Akten Maria (Doren Penno), Helmut (Ulrich Rühr) und Wolfgang (Wolfgang Saarstedt) muß jede Darstellung schief werden. Zu bedauern ist, daß es den Autoren offensichtlich nicht gelang die Protokolle des MfS zu Gesprächen der Superintendenten Richter und Magirius, sowie der Kirchenleitung bei den zuständigen Abteilungen Inneres oder dem Vertreter des Staatssekretariates für Kirchenfragen aufzutreiben. Allerdings ist hierfür den Autoren wohl nur begrenzt ein Vorwurf zu machen.

Die dem Buch beigefügte Zeittafel und das Personenregister weisen leider für die zeitgeschichtlich wichtigen Ereignisse in Berlin und Leipzig beträchtliche Mängel auf. Die Autoren orientieren sich hier zu sehr an bisherigen Veröffentlichungen und unterschlagen entscheidende, die Dokumente und den geschichtlichen Kontext erläuternde Ereignisse. Damit fallen sie selbst ungewollt hinter den Ansatz ihres Buches zurück.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß Besier und Wolf das bisher wichtigste und geschlossenste Quellenwerk zum Thema (Stasi)Staat und Kirche in Ostdeutschland vorgelegt haben. Die Mängel im wissenschaftlichen Apparat, die wenigen Irrtümer in Anmerkungsteil und die zu ekklektizistische Auswahl der Dokumente über Leipzig wird hoffentlich eine demnächst zu erwartende verbesserte und ergänzte 2. Auflage beseitigen.

Ahasver

Bibliographie der MfS- Literatur ab 1989

anonym: Der Auflösungsprozeß der Stasi. Chronologie einer erfreulichen Agonie, in:(Hg.)Busch,H. u.a.: Bürgerrechte & Polizei;Berlin Nr.1/1990 S.48-51

anonym: dasselb. (Teil 2) in: ebd. Nr. 2/1990 S. 45 -56

anonym: Gespräch mit der "Operativgruppe" der Arbeitsgruppe Sicherheit des "Runden Tisches" zur Stasi-Auflösung; in: ebd. S. 52-59

anonym: Erfurter Stasiauflöser vor die Tür gesetzt. Matthias Büchner kämpft vergeblich um den Zugang zum Stasiarchiv. Hintergründe der sogenannten Wende. Interview mit Matthias Büchner. Die Situation der Gauck-Behörde....; in:(Hg.)Umwelt-Bibliothek Berlin: telegraph Nr. 16 (23. Nov. 1990) S. 22 - 33

anonym: Schild und Schwert der Partei. I - III, in: Der Spiegel Nr. 6-8 (5. Februar- 19. Februar) 1990
Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament; B 5/1991 25. Januar 1991; Bonn
Bahrmann, Hannes/ Fritsch, Peter- Michael: Sumpf. Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte; Berlin 1990
Beleites, Michael: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz; Berlin 1991
(Hg.) Besier, Gerhard: "Pfarrer, Christen, Katholiken". Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen;Neukirchen- Vluyn 1991 (= Historisch- theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert/(Quellen) Bd 1)
Bleckmann, Jochen: Das müßten alle gewesen sein, in: Stern 28.6.1990
Blutke, Günter: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten. Ein Kriminalreport; Berlin 1990
(Hg.)Bürgerkomitee Erfurt: Geheimdienst-Nein danke. Bericht des Bürgerkomitees Erfurt über die Auflösung des MfS/AfNS; Erfurt 1990 (=Eigenverlag)
(Hg:)Bürgerkomitee Leipzig: Stasi intern. Zwischen Macht und Banalität; Leipzig 1990
(Hg.)diesel.: Materialien I. zum Seminar Vergangenheitsbewältigung - wie möglich ? Zum Umgang mit den Stasiakten. 24./25. November 1990 in Leipzig; Lpz. 1991
Crüger, Herbert: Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängni der Staatssicherheit; Berlin 1990 (LinksDruck)
(Hg.) Das Aktiv Staatssicherheit der zeitweiligen Kommission des Bezirkstages Suhl für Amtsmißbrauch und Korruption:Genossen! Glaubt's mich doch! Ich liebe Euch alle!; Hektogr. 1990 (Suhl)
Dust-Wiese,Alexandra: ...und schreie in den wind... .Gedichte aus Hoheneck; 1987
(Hg.) Executive Intelligence Review: Ein Jahr danach. Strategische Konsequenzen und Perspektiven des Umbruchs in Europa; Wiesbaden 1990
F.: Kleiner Streifzug durch eine kurzzeitig nicht verbotene Zone. Nachtrag.Waffenhandel international im Dienste der Stasi II; in:(Hg.)Umwelt-Bibliothek Berlin: telegraph; Berlin Nr. 3 (22.März 1991) S.4-14
Fischer, Dietrich: Die "Juristische Hochschule Potsdam". Kaderschmiede des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, in: Deutschland- Archiv Nr. 12 (Dezember) 1990, S. 1891 ff
Fricke, Karl- Wilhelm: Das Ministerium für Staatssicherheit; Köln 3.akt.1989
Fricke, Karl- Wilhelm: Die Erblast der DDR- Staatssicherheit, in: Außenpolitik IV (1990) S. 403 ff
Fricke, Karl- Wilhelm: Entmachtung und Erblast des MfS, in: Deutschland-Archiv Nr. 12 (Dezember) 1990 S. 1881 ff
Fricke, Karl- Wilhelm: Wie kaputt ist das ehemalige MfS?, in: Deutschland-Archiv Nr. 5 (Mai) 1990, S. 665 f
Fricke, Karl- Wilhelm: Zur Abschaffung des Amtes für nationale Sicherheit, in: Deutschland- Archiv Nr.1 (Januar) 1990 S. 59 ff
Fricke, Karl- Wilhem: Die RAF- MfS- Connection, in: Deutschland- Archiv.Nr. 7 (Juli) 1990, S. 1015 f
Fuchs, Jürgen: "... und wann kommt der Hammer?" Psychologie, Opposition und Staatssicherheit; Berlin 1990
Gauck, Joachim: Die Stasi- Akten; Reinbeck b. Hamburg 1991
Gebhard, Jürgen u.a.: Das zweite Leben der Susanne Albrecht, in: Stern 13.6.1990
Gemballa, Gero: Geheimgefährlich. Dienste in Deutschland; Köln 1990
(Hg.) Gesamtdeutsches Institut in der Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben: Dokumentation zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR; 6 Tle. Berlin 1991
Gill, David/ Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums; Berlin 1991
Guillaume, Günter: Die Aussage. Wie es wirklich war; München 1990
(Hg.)Halm, Reinhard O.: Ausgedient. Ein Stasi-Major erzählt. Mit einem Nachwort von Pfarrer H.-J. Hanewinkel; Halle-Leipzig 1990
(Hg.) Haus am Checkpoint Charlie: Wir über uns. Anthologie der Kreisarbeitsgemeinschaft "Schreibende Tschekisten"; Berlin 1990
(Hg.)Heinrich-Böll-Stiftung e.V.: Die Kontinuität des Wegsehens und Mitmachens.

Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der Daten und Unterlagen des MfS der DDR; Heinrich-Böll-Stiftung e.V. 1991
(Hg.)Janssen, Helmut/ Schubert, Michael: Staatssicherheit. Die Bekämpfung des politischen Feindes im Inneren;Bielefeld 1990
Kanonenberg/ Müller: Die RAF- Stasi- Connection; Reinbeck b. Hamburg 1992
Klar, Christian/ Mohnhaupt, Brigitte: Was zu einer "RAF- Stasi- Story"reduziert als Thriller erscheint ..., in: Frankfurter Rundschau 2. Juli 1991
Kleine- Brockhoff, Thomas u.a.: Der letzte Coup der Stasi, in: Die Zeit Nr. 42 (12. Oktober) 1990, S. 17 ff
Kleine- Brockhoff, Thomas: Stasi im Reißwolf, in: Die Zeit Nr. 51 (15. Dezember) 1989, S. 15 ff
Knechtel,Rüdiger/Fiedler,Jürgen: Stalins DDR. Berichte politisch Verfolgter; Leipzig 1991
Kruse, Kuno u.a.: Die terroristische Vereinigung. Warum die SED die RAF aufnahm, in: Die Zeit Nr. 26 (22. Juni) 1990, S. 15 ff
Kukutz,Irena/Havemann,Katja: Geschützte Quelle. Gespräche mit Monika H. alias Karin Lenz; Berlin 1990
(Hg.)Kunze, Reiner: Deckname "Lyrik".Eine Dokumentation von Reiner Kunze; Frankfurt/Main 1990
Kuo, Xing-Hu : Ein Chinese in Bautzen II. 2675 Nächte im Würgegriff der Stasi; Böblingen 1990
Lang, Jochen von: Erich Mielke. Eine deutsche Karriere; Berlin 1991 (= Rowohlt)
Loest, Erich: Der Zorn des Schafes; Leipzig/ Künzelsau 1990
Loest, Erich: Die Stasi war mein Eckermann oder: mein Leben mit der Wanze; Göttingen 1991
Loest, Erich: Der Schatz hinter der Mülltonne oder Mein Leben mit der Wanze, in: Deutschland- Archiv Nr.9 (September) 1990,S. 1318 ff
Meinel, Reinhard/Wernicke, Thomas:"Mit tschekistischem Gruß!" Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam; Potsdam 1990
(Hg.)Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989; Berlin 1990
Narr, W.- D./Werkentin,F.: Stasi gleich "Verfassungsschutz"?; in: (Hg.)Busch,H.: Bürgerrechte & Polizei; Berlin Nr. 2/1990 S. 3 bis 8
Peters, Butz: RAF. Terrorismus in Deutschland; Stuttgart 1991,S.299-333
Peters, Butz: Wie der Staatssicherheitsdienst jahrelang weltweit gesuchte Mörder unterstützt hat, in: Sachsen- Spiegel 20. Juli 1990
Przybylski, Peter: Tatort Politibüro "Die Akte Honecker"; Berlin 1991
Rehlinger, Ludwig A.: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963-1989; Berlin Frankfurt/M. 1991(Ullstein)
Riecker, Ariane/ Schwarz, Annett/ Schneider, Dirk: Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS- Angehörigen; Leipzig 1990
Rosenkranz, Gerd: Die RAF- Stasi- Connection: Klassenbrüder-Waffenbrüder, in: Die Tageszeitung 28. März 1991
Runge, Irene/ Stellbrink, Uwe: "Ich bin kein Spion". Gespräche mit Markus Wolf; Berlin 1990
Saß, Ulrich v./Suchodoletz, Harriet v.: "feindlich- negativ". Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale; Berlin 1990 (= EVA)
Schmidt,Andreas: Leer-Jahre. Leben und Überleben im DDR-Gulag; 1986
Schult, Reinhard: Stasi. Leben mit der Stasi; in:(Hg.) Busch, H.: Bürgerrechte & Polizei; Berlin Nr. 2/1990 S. 33 bis 38
Schwenke, Hans: Stasi. Die Auflösung eines Geheimdienstes -Versuch eines Resümees - in:(Hg.) Busch, H.: Bürgerrechte & Polizei ; Berlin Nr. 2/199 S. 60 bis 74
Schwenke, Hans/ Worst, Anne: Das Ende eines Geheimdienstes. Die Auflösung der Staatssicherheit; (= LinksDruck) Berlin 1991
Seifert, Uwe : Fenster zur Welt. Jugendjahre im Schatten der Stasi!; Böblingen 1990
Selitrenny, Rita/ Weichert, Tilo: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi; Leipzig 1991
Skribanowitz, Gert: "Feindlich eingestellt!".Vom Prager Frühling ins deutsche Zuchthaus; Böblingen 1991 (Anita Tykve Verlag)
Stiller, Werner: Im Zentrum der Spionage; 5.verb. 1986 Mainz

(Hg.)Unabhängiger Untersuchungsausschuß: Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des MfS; Rostock 1990 (Manuskriptdruck)
Veith, Ines : Wo ist Dirk ? Entführt von der STASI -Eine Frau kämpft um ihr Kind;
Vogel, Jürgen: Magdeburg, Kroatenweg. Chronik des Magdeburger Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi; Magdeburg 1991
Wawrzyn, Lienhard: Der Blaue. Das Spitzelsystem der DDR; Berlin 1990
Werdin, Justus: Unter uns: Die Stasi. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt/Oder; Berlin 1990
Werkentin, Falco: Gesamtdeutsches. Kinder des Kalten Krieges - Zur Geschichte der Apparate "innere Sicherheit" in der Bundesrepublik und in der DDR; in: (Hg.) Busch, H.: Bürgerrechte & Polizei; Nr.2/1990 S. 9 - 21
dersl.: Gesamtdeutscher "Verfassungsschutz"-Okkupationspläne für die DDR; in: ebda. S. 22 bis 32
Wilkening, Christina: Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger StasiMitarbeiter; Berlin 1990
Winkler, Karl: Zur Klärung eines Sachverhaltes; Berlin, Weimar 1990
Worst, Anne: Das Ende eines Geheimdienstes; Berlin 1991
Zoratto, Bruno : DDR-Mord am Genossen Corghi. Italienische Opfer der SED/Stasi-Willkür; Stuttgart 1991 (Anita Tykve Verlag)

Aboabschnitt:

Hiermit bestellle ich_____ Exemplare des "Forschungszentrum aktuell"

( ) 10 Ausgaben je Exemplar 30.-- DM _______ DM
( ) 20 Ausgaben je Exemplar 50.-- DM _______ DM

Ab 10 Exemplare werden 2 Exemplare kostenlos abgegeben.
Ab 20 Exemplare werden 4 Exemplare kostenlos abgegeben.

Den Betrag über ___DM habe ich unter dem Stichwort "FZ aktuell" auf das Konto 314 130 646 der Stadtsparkasse Leipzig (BLZ 860 555 92) überwiesen.

Den Betrag über ________________ DM bezahle ich mit beiliegenden Scheck.

Ich spende für die Tätigkeit des Forschungszentrum:
( ) einmalig ____________ DM
( )monatlich____________ DM ( )vierteljährlich____________ DM
Den Betrag habe ich unter dem Stichwort "Forschungszentrum" auf das Spendenkonto 315 130 664 der Stadtsparkasse Leipzig (BLZ 860 555 92) überwiesen.

Den Betrag bezahle ich mit beiliegenden Scheck.

Name:______________________________

Adresse:____________________________

Datum: ______________ Unterschrift:________________